

BFH – Anhängige Verfahren

■ **AO § 124 Abs 1 S 1:**

Negativer Feststellungsbescheid, Bekanntgabe, Wirksamkeit, Nichtigkeit

Bundesfinanzhof Az: I R 52/23

1. Ist ein negativer Feststellungsbescheid allen Feststellungsbeteiligten einzeln bekanntzugeben, da § 183 Abs. 1 AO nicht anwendbar ist? 2. Zur Auslegung, wann ein negativer Feststellungsbescheid vorliegt.

■ **AO § 180 Abs 1 S 1 Nr 2 Buchst a:**

Feststellungsbescheid, Nichtigkeit, Ergänzungsbescheid, Offenbare Unrichtigkeit

Bundesfinanzhof Az: IV R 3/24

Ist ein Feststellungsbescheid (teil)nichtig, soweit er der Personengesellschaft, die Gegenstand der gesonderten und einheitlichen Feststellung ist, ein Ergebnis aus einer Beteiligung an sich selbst zuweist? Ist eine Feststellung auch dann im Sinne von § 179 Abs. 3 AO "unterblieben", wenn sie zwar in einem Feststellungsbescheid aufgeführt ist, ihr aber wegen einer insoweit vorliegenden Teilnichtigkeit keine Rechtswirkung zukommt?

■ **AO § 218 Abs 2:**

Abrechnungsbescheid, Erstattung, Steuerschuld, Freiwillige Leistung

Bundesfinanzhof Az: X R 20/23

Auslegung und Erweiterung des § 37 AO – Erstattungsanspruch sui generis: Steht der Klägerin, die zur Zahlung einer fremden Steuerschuld genötigt bzw. erpresst wurde, ein Erstattungsanspruch gemäß § 37 Abs. 2 AO sui generis zu?

■ **AO § 233a:**

Doppelbesteuerung, Verständigungsverfahren, Erstattungszinsen

Bundesfinanzhof Az: I R 55/23

1. Inwieweit kann ein Steuerpflichtiger nach deutschem (Steuer-)Recht gegenüber der Finanzbehörde wirksam auf seinen Anspruch auf Erstattungszinsen gemäß § 233a AO verzichten? Kann ein Verzicht wirksam sogar bereits vor Entstehung des Zinsanspruchs erklärt werden? 2. Kann in einer zwischenstaatlichen Verständigungsvereinbarung mit bindender Wirkung vereinbart werden, dass der dem Steuerpflichtigen in Umsetzung der Vereinbarung in Deutschland zustehende Erstattungsbetrag in Abweichung von § 233a AO nicht verzinst wird? 3. Darf die Vermeidung einer abkommenswidrigen Doppelbesteuerung durch Umsetzung einer zwischenstaatlichen Verständigungsvereinbarung an

den vollständigen Verzicht des Steuerpflichtigen auf Erstattungszinsen gekoppelt werden?

■ **AO § 52 Abs 2 S 1 Nr 24:**

Gemeinnützigkeit, Petition, Online-Plattform, Internet, Demokratisches Staatswesen

Bundesfinanzhof Az: V R 28/23

Förderung des demokratischen Staatswesens durch Zurverfügungstellen einer Petitionsplattform Ist eine "allgemeine Förderung des demokratischen Staatswesens" i.S. des § 52 Abs. 2 Satz 1 Nr. 24 AO auch durch das Zurverfügungstellen einer Internetplattform, die es den Nutzern ermöglicht, "Petitionen" zu erstellen und elektronisch zu unterzeichnen, um verschiedene soziale Anliegen zu fördern, gegeben? Oder ist der Begriff der "Petition" vielmehr auf den Bereich des Art. 17 GG beschränkt?

■ **AO § 55 Abs 1 Nr 5:**

Selbstlosigkeit, Dividende, Mittelverwendung, Veräußerungsgewinn, Kapitalerhaltungspflicht, Stiftungsvermögen

Bundesfinanzhof Az: V R 25/23

Ausschüttungen aus Beteiligungen als zeitnah zu verwendende Mittel Sind Ausschüttungen aus Beteiligungen an Gesellschaften mit beschränkter Haftung vollständig als zeitnah zu verwendende Mittel i.S. des § 55 Abs. 1 Nr. 5 AO zu erfassen - oder gilt dies nur für die darin enthaltenen Zinserträge, nicht aber für die Veräußerungsgewinne?

■ **AO § 57 Abs 1 S 1:**

Gemeinnützigkeit, Software, Forschung, Unmittelbarkeit, Satzung

Bundesfinanzhof Az: V R 23/23

1. Verfolgt eine Selbstversorgungseinrichtung der öffentlichen Hand durch die Entwicklung, Einführung und Pflege von Softwareprogrammen (u.a. Hochschul-Management-Systeme) für die Verwaltung von Universitäten und Hochschulen unmittelbar den steuerbegünstigten Zweck "Förderung von Wissenschaft und Forschung" nach § 52 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 AO? 2. Kann ein planmäßiges Zusammenwirken i.S. des § 57 Abs. 3 AO auch mit Körperschaften des öffentlichen Rechts erfolgen?

■ **BewG § 151 Abs 1 S 1 Nr 3:**

Gesonderte Feststellung, Kapitalgesellschaft, Anteil, Zoll, Abgabe, Zinsen, Hinzurechnung

Bundesfinanzhof Az: II R 2/24

Sind bei der Anwendung des sogenannten vereinfachten Ertragswertverfahrens Aufwendungen in Form von Zollabgaben samt darauf angefallener Zinsaufwendungen, über die im Rahmen eines Rechtsstreits mit einem EU-Mitgliedstaat entschieden wurde, als außerordentliche Aufwendungen den Ausgangswerten hinzuzurechnen?

■ **BGB § 2100:**

Erbschaftsteuer, Nacherbe, Vermächtnis, Nachlassverbindlichkeit

Bundesfinanzhof Az: II R 3/24

Kann der Vorerbe den erbschaftsteuerlichen Erwerb seinen Nacherben durch testamentarische Anordnung von Vermächtnissen belasten und sind derartige --vom Vorerben angeordnete-- Vermächtnisse als Nachlassverbindlichkeiten beim Erwerb des Nacherben abzugsfähig?

■ **DBA SWE 1992 Art 4:**

Abkommensrecht, Ansässigkeit, Ausland, Ausländisches Steuerrecht, Besteuerungsrecht, Doppelansässigkeit, Doppelbesteuerung, Erbschaftsteuer, Inland, Schenkung, Schenkungsteuer, Schweden, Steuerpflicht, Wohnsitz, Änderung

Bundesverfassungsgericht Az: 1 BvR 136/24

DBA-Schweden 1992 nach Fortfall der schwedischen Schenkungsteuer
--Verfassungsbeschwerde--

■ **DBA SWE 1992 Art 4:**

Abkommensrecht, Ansässigkeit, Ausland, Ausländisches Steuerrecht, Besteuerungsrecht, Doppelansässigkeit, Doppelbesteuerung, Erbschaftsteuer, Inland, Schenkung, Schenkungsteuer, Schweden, Steuerpflicht, Wohnsitz, Änderung

Bundesverfassungsgericht Az: 1 BvR 142/24

DBA-Schweden 1992 nach Fortfall der schwedischen Schenkungsteuer
--Verfassungsbeschwerde--

■ **DSGVO Art 15:**

Datenschutz-Grundverordnung, Kopien, Akteneinsicht, Außenprüfung, Betriebsprüfung

Bundesfinanzhof Az: IX R 8/24

Besteht aufgrund der Abgabenordnung beziehungsweise der Datenschutz-Grundverordnung ein Anspruch auf uneingeschränkte Einsicht in alle Bewertungsakten und -daten sowie sämtliche betreffende Betriebsprüfungsakten insbesondere Handakten des Betriebsprüfers?

Besteht darüber hinaus ein Anspruch auf Überlassung von Kopien?

■ **EStG § 15 Abs 3 Nr 1:**

Gewerbebetrieb, Abfärbetheorie, Geringfügigkeit, Bagatellgrenze, Photovoltaik

Bundesfinanzhof Az: IV R 5/24

Führt bereits die Errichtung einer Photovoltaikanlage zur gewerblichen Infektion der Einkünfte einer im Übrigen nur vermögensverwaltend tätigen Personengesellschaft, auch wenn Einnahmen aus der Stromeinspeisung erst ab dem Folgejahr erzielt werden?

- **ESStG § 20 Abs 2 S 1 Nr 6:**
einheitliche und gesonderte Feststellung, Zinsen, Kapitallebensversicherung, Bindungswirkung, Finanzierung, Veräußerung

Bundesfinanzhof Az: VIII R 1/24

Feststellung von Zinsen aus Kapitallebensversicherung - Bindungswirkung der Veräußerung von Versicherungsansprüchen nach § 20 Abs. 2 Satz 1 Nr. 6 EStG1. Hat ein Feststellungsbescheid über die Steuerpflicht von Zinsen aus Lebensversicherungen Bindungswirkung für den Steuerpflichtigen, wenn dieser Bescheid nicht gegenüber dem Steuerpflichtigen selbst, sondern gegenüber einer GbR erlassen wurde, an deren Vermögen der Steuerpflichtige beteiligt gewesen ist?2. Stellt die Abtretung von Ansprüchen aus kapitalbildenden Lebensversicherungsverträgen an finanzierende Banken eine schädliche Verwendung im Sinne des § 10 Abs. 2 Satz 2 Halbsatz 2 EStG dar, wenn die abgetretenen Ansprüche aus den Verträgen nicht nur die darlehensfinanzierten "reinen" Anschaffungs- und Herstellungskosten einer fremdvermieteten Immobilie, sondern auch Finanzierungskosten in Form eines Disagios/Damnus besichern?

- **ESStG § 3 Nr 39 S 2:**
Haftungsbescheid, Lohnsteuer, Überlassung von Vermögensbeteiligungen, Bonus-Aktien, Arbeitnehmer, Begünstigter Personenkreis

Bundesfinanzhof Az: VI R 4/24

Ist es für die Gewährung der Steuerbefreiung im Hinblick auf § 3 Nr. 39 Satz 2 des Einkommensteuergesetzes unschädlich, wenn der Arbeitgeber Arbeitnehmer aus ruhenden Arbeitsverhältnissen (z.B. Elternzeit, etc) aus der Überlassung von Vermögensbeteiligungen (hier in Form von Bonus-Aktien) ausklammert?Hinweis: VI R 5/24 hat eine abweichende Rechtsfrage einer anderen Tochtergesellschaft des gleichen Konzerns zum Gegenstand.

- **ESStG § 3 Nr 39 S 2:**
Haftungsbescheid, Lohnsteuer, Überlassung von Vermögensbeteiligungen, Bonus-Aktien, Arbeitnehmer, Begünstigter Personenkreis

Bundesfinanzhof Az: VI R 5/24

Ist es für die Gewährung der Steuerbefreiung im Hinblick auf § 3 Nr. 39 Satz 2 des Einkommensteuergesetzes für die betreffenden Streitjahre 2015 bis 2018 insgesamt schädlich, wenn der Arbeitgeber Arbeitnehmern, die sich in einem Ausbildungsverhältnis befinden, aus der Überlassung von Vermögensbeteiligungen (hier in Form von Bonus-Aktien) ausklammert?Hinweis: VI R 4/24 hat eine abweichende Rechtsfrage einer anderen Tochtergesellschaft des gleichen Konzerns zum Gegenstand.

■ **ESTG § 3 Nr 7:**

Zinsen, Entschädigung, Kapitalforderung, Steuerbefreiung

Bundesfinanzhof Az: VIII R 36/23

1. Sind Zinsen nach § 2 Satz 9 bis 11 NS-Verfolgtenentschädigungsgesetz i.d.F. des Art. 2 Nr. 1 Entschädigungsrechtsänderungsgesetz (NS-VEntschG) nach § 3 Nr. 7 EStG steuerfrei? 2. Handelt es sich bei Zinszahlungen nach § 2 Satz 9 bis 11 NS-VEntschG um einen Kapitalertrag im Sinne des § 20 Abs. 1 Nr. 7 EStG?

■ **ESTG § 4 Abs 4:**

Insolvenzverwalter, Rückstellung, Betriebsausgabe, Vergütung

Bundesfinanzhof Az: III R 35/23

Ist die Vergütung des Insolvenzverwalters (gegebenenfalls anteilig) als Betriebsausgabe abzugsfähig? Darf für die Insolvenzverwaltervergütung vor Abschluss des Insolvenzverfahrens eine Rückstellung gebildet werden?

■ **ESTG § 4 Abs 7:**

Arbeitszimmer, Aufzeichnungspflicht, Betriebsausgabe, Selbständige Arbeit

Bundesfinanzhof Az: VIII R 6/24

Sind die Anforderungen an die Aufzeichnungspflichten für Aufwendungen für ein häusliches Arbeitszimmer gemäß § 4 Abs. 7 EStG bei einem Steuerpflichtigen, der seinen Gewinn aus selbständiger Tätigkeit gemäß § 4 Abs. 3 EStG durch Einnahme-Überschussrechnung ermittelt, in inhaltlicher und zeitlicher Hinsicht nur dann erfüllt, wenn sämtliche Aufwendungen einzeln fortlaufend in einem gesonderten Dokument oder Datensatz aufgezeichnet werden?

■ **ESTG § 43b Abs 1 S 1:**

Kapitalertragsteuer, Liquidation, Ausschüttung, Freistellung, Niederlassungsfreiheit, Auflösung

Bundesfinanzhof Az: VIII R 8/24

1. Ist der Begriff "anlässlich" im Sinne des § 43b Abs. 1 Satz 4 EStG so zu verstehen, dass Gewinne, die noch vor dem Beginn des Liquidationszeitraums entstanden sind, deren Ausschüttung jedoch im Liquidationszeitraum beschlossen wird, von der Befreiung in § 43b Abs. 1 Satz 1 EStG ausgeschlossen sind? 2. Ist bei einem weiten Verständnis des Begriffs "anlässlich" im Zusammenhang mit Gewinnausschüttungen, die zeitlich vor dem Auflösungsbeschluss entstanden sind, ein Verstoß gegen die Niederlassungsfreiheit nicht anzunehmen?

■ **ESTG § 5 Abs 1a:**

Rückstellung, Derivathandel, Bewertungseinheit, Teilwertabschreibung

Bundesfinanzhof Az: XI R 32/23

Rückstellungsbildung: Können die Voraussetzungen für die Bildung von Bewertungseinheiten vor Geltung des BilMoG durch sog. Micro-Hedges erfüllt sein, nicht aber durch

sog. Macro-Hedges (Grundlage: Handel mit Futures über die Börse)? Wie sind finanzwirtschaftliche Risiken i.S. des § 5 Abs. 1a EStG zu definieren? Wann kommen Teilwertabschreibungen beim Handel mit Futures über die Börse in Betracht?

■ **FGO § 52d S 2:**

Nutzungspflicht, Besonderes elektronisches Steuerberaterpostfach, Anbringung, Klage, Finanzamt

Bundesfinanzhof Az: IX R 7/24

Besteht die Nutzungspflicht des besonderen elektronischen Steuerberaterpostfachs (beSt) auch bei Anbringung der Klage beim Finanzamt nach § 47 Abs. 2 Satz 1 der Finanzgerichtsordnung?

■ **GewStG § 7 S 2 Nr 2:**

Personengesellschaft, Unterbeteiligung, Anteilsübertragung, Gewerbesteuerpflicht, Mitunternehmer, Veräußerungsgewinn

Bundesfinanzhof Az: IV R 26/22

Erhöhen der Gewinn aus der Veräußerung eines mit atypischen (mitunternehmerischen) Unterbeteiligungen belasteten Mitunternehmeranteils und der Anspruch der Mitunternehmerschaft gegenüber dem veräußernden Mitunternehmer auf Erstattung der durch die Veräußerung ausgelösten Gewerbesteuer den Gewerbeertrag der Gesellschaft?

■ **GrEStG § 1 Abs 1 Nr 6:**

Grunderwerbsteuer, Kaufangebot

Bundesfinanzhof Az: II R 4/24

Bezieht sich das ungeschriebene Tatbestandsmerkmal des "wirtschaftlichen Vorteils" in § 1 Abs. 1 Nr. 6 GrEStG ausschließlich auf einen monetären Vorteil, oder auch auf den wirtschaftlichen Gehalt und Nutzen für den Benennungsberechtigten?

■ **IFG M-V § 1 Abs 2:**

Richtsatzsammlung, Datenerhebung, Auskunftsanspruch

Bundesfinanzhof Az: IX R 1/24

Zur Frage eines Auskunftsanspruchs im Hinblick auf die Nachvollziehbarkeit der Datenerhebung bei der amtlichen Richtsatzsammlung. Hat die Finanzverwaltung in diesem Zusammenhang einen Anspruch auf Wahrung der Vertraulichkeit?

■ **KStG § 8c Abs 1 S 1:**

Verlustabzug, Schädlicher Beteiligungserwerb

Bundesfinanzhof Az: I R 53/23

Kein schädlicher Beteiligungserwerb im Sinne des § 8c Abs. 1 Satz 1 KStG 2002 i.d.F. vom 11.12.2018, wenn der Beteiligungserwerb nicht zu einem change of control innerhalb der Körperschaft führt?

■ **RennwLottG § 17 Abs 2:**

Abgabenhoheit, Ausland, Berufsausübungsfreiheit, Bestimmtheit, Gesetzgebungskompetenz, Gleichheit, Glückspiel, Glücksspiel, Internet, Online, Sport, Sportwette, Sportwettensteuer, strukturelles Vollzugsdefizit, Verfassung, Verhältnismäßigkeit, Wettbörse

Bundesverfassungsgericht Az: 1 BvR 115/24

Besteuerung einer Sportwettenbörse nach der Rechtslage 2012

--Verfassungsbeschwerde--

■ **UStG § 1 Abs 1 Nr 1 S 1:**

Schadensersatz, Steuerbare Leistung, Entgelt, Urheberrecht

Bundesfinanzhof Az: V R 19/23

Umsatzsteuerliche Behandlung von Zahlungen im Rahmen eines außergerichtlichen Abmahnverfahrens. Sind Schadensersatzzahlungen eines Abgemahnten, die dieser gem. § 97 Abs. 2 UrhG als Kompensation für die unerlaubte Nutzung von urheberrechtlich geschützten Werken (hier von Fotos, die gem. § 2 Abs. 1 Nr. 5 UrhG urheberrechtlich geschützt sind) zahlt, als umsatzsteuerrechtliches Entgelt zu qualifizieren?

■ **UStG § 1:**

Zurechnung, Umsatz, Prostitution, Unternehmer

Bundesfinanzhof Az: XI R 28/23

Zurechnung von Prostitutionsumsätzen: Welche Rolle und Bedeutung spielen bei der Zurechnung von Umsätzen aus Prostitution an den Bordellbetreiber oder die Prostituierten selbst die Organisationsleistungen des Bordellbetreibers, die getroffenen zivilrechtlichen Vereinbarungen sowie die Umsatzbeteiligung des Bordellbetreibers an den Umsätzen der Prostituierten? Liegt eine Divergenz zu dem BGH-Beschluss vom 05.05.2022 - 1 StR 475/21 vor?

■ **UStG § 25 Abs 4:**

Reiseleistung, Vorsteuerabzug, Reisevorleistung, Kaffeeahrt, Ermäßigter Steuersatz, Nahrungsergänzungsmittel

Bundesfinanzhof Az: V R 29/23

Vorsteuerabzug und Margenbesteuerung bei sog. Kaffeeahrten und Anwendung des ermäßigten Steuersatzes für Nahrungsergänzungsmittel. Führt die Durchführung einer Reiseleistung i.S. von § 25 Abs. 1 Satz 1 UStG in Gestalt einer Busfahrt zu einer Verkaufsveranstaltung zum vollständigen Ausschluss des Abzugs der für die Reisevorleistungen aufgewendeten Beträge als Vorsteuern nach § 25 Abs. 4 Satz 1 UStG, wenn sich nach § 25 Abs. 3 Satz 1 UStG eine negative Marge ergibt und entspricht dieser Ausschluss der Vorgabe der Art. 306 ff. MwStSystRL, obwohl diese Sonderregelungen nur für Reisebüros bzw. Reiseveranstalter gelten, deren Geschäftszweck in der Durchführung einer Reise besteht und nicht im Verkauf von Waren? 2. Ist auf "Q10- Ampullen" als Bestandteil sogenannter "Kurpakete" der ermäßigte Steuersatz gem. § 12 Abs. 2 Nr. 1 UStG i.V.m. Nr. 33 der Anlage 2 zu § 12 Abs. 2 UStG anzuwenden?

■ **UStG § 25 Abs 4:**

Reiseleistung, Vorsteuerabzug, Reisevorleistung, Kaffeefahrt, Ermäßigter Steuersatz, Nahrungsergänzungsmittel

Bundesfinanzhof Az: V R 30/23

Vorsteuerabzug und Margenbesteuerung bei sog. Kaffeefahrten und Anwendung des ermäßigten Steuersatzes für Nahrungsergänzungsmittel¹. Führt die Durchführung einer Reiseleistung i.S. von § 25 Abs. 1 Satz 1 UStG in Gestalt einer Busfahrt zu einer Verkaufsveranstaltung zum vollständigen Ausschluss des Abzugs der für die Reisevorleistungen aufgewendeten Beträge als Vorsteuern nach § 25 Abs. 4 Satz 1 UStG, wenn sich nach § 25 Abs. 3 Satz 1 UStG eine negative Marge ergibt und entspricht dieser Ausschluss der Vorgabe der Art. 306 ff. MwStSystRL, obwohl diese Sonderregelungen nur für Reisebüros bzw. Reiseveranstalter gelten, deren Geschäftszweck in der Durchführung einer Reise besteht und nicht im Verkauf von Waren?². Ist auf "Q10- Ampullen" als Bestandteil sogenannter "Kurpakete" der ermäßigte Steuersatz gem. § 12 Abs. 2 Nr. 1 UStG i.V.m. Nr. 33 der Anlage 2 zu § 12 Abs. 2 UStG anzuwenden?

■ **UStG § 25a Abs 1 Nr 2 S 2 Buchst b:**

Differenzbesteuerung, Innergemeinschaftlicher Erwerb, Vertrauensschutz, Rechnung

Bundesfinanzhof Az: V R 1/24

Zur Anwendung der Differenzbesteuerung bei der Veräußerung von Oldtimer-Pkw¹. Schließt es das BMF-Schreiben vom 25.10.2013, BStBl. I 2013, 1305, Tz. IV nicht aus, dass in Rechnungen bis einschließlich 31.12.2013 gemäß § 14a Abs. 6 Satz 1 UStG in den Fällen der Differenzbesteuerung (§ 25a UStG) auf die Anwendung dieser Sonderregelungen in der Rechnung hinzuweisen ist?². Ist eine Vertrauensschutzregelung in § 25a UStG nicht vorgesehen? Ist es deshalb dem Kläger zuzuordnen, wenn eine Berechtigung des Vorlieferers zur Differenzbesteuerung nach britischem Recht daran scheitert, dass dieser die Gegenstände nicht --wie dort vorausgesetzt-- in ein besonderes Verzeichnis ("stock book") aufgenommen hat?